



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/146

Hannover, den 1. Dezember 1948

Der Opern - Magistrat

Von Willy Brandt, Berlin

Der volksdemokratische Coup am 30.11.1948 in Berlin hat einen eher chaotischen als dramatischen Verlauf genommen. Auf einer Versammlung in der Staatsoper haben die Kommunisten eine Personengruppe vorgestellt, die sie provisorischen demokratisch Magistrat nennen. Sie haben damit wohl die Spaltung Berlins noch einen Schritt weitergetrieben, aber in Wirklichkeit noch nichts anderes erreicht, als die Macht in jenem Teil der Stadt zu usurpieren, der dem Einfluß der gewählten Körperschaften bereits durch die Gewaltmaßnahmen der russischen Besatzungsmacht entglitten war.

Die Veranstaltung in der Staatsoper wurde Außerordentliche Stadtverordneten-Versammlung genannt. An ihr nahmen 23 Abgeordnete der SED und 1 Überläufer aus der CDU teil, also 24 von den 130 im Oktober 1946 gewählten Stadtverordneten. Im übrigen hatte man angebliche Betriebsdelegationen und die Vertreter der kommunistischen "Massenorganisationen" einschl. VVN und FDJ aufgeboten. Vor diesem Forum wurde die "Absetzung" des rechtmäßig gewählten Magistrats verkündet. Etwas neues sollte an seine Stelle treten und so kam es dann zu dem, was man hier mit Recht den Aufmarsch der Nullen nennt.

Der jüngste Sohn des ehemaligen deutschen Reichspräsidenten hat den Namen Ebert dazu mißbrauchen lassen, daß er sich mit dem Titel eines Oberbürgermeisters zum Aushängeschild der kommunistischen Stadtvogtei machen ließ. Friedrich Ebert jun. war bisher Landtagspräsident in Brandenburg und ist seit geraumer Zeit als gefügige Kreatur der KP-Zentrale bekannt. Dass es unter denen, die bis jetzt öffentliche Funktionen in der Ostzone ausübten, auch noch andere gibt, bewies der bisherige Minister für Volksbildung in Sachsen-Anhalt, Ernst Phape, der am Tage des Berliner Opernputsches seinen Rücktritt und zugleich den Austritt aus der SED erklärte: weil er Sozialist und weil er Deutscher sei.

In den Opern-Magistrat wurden neben Mitgliedern der SED einige Anhänger der östlichen Arbeitskreise der CDU und LDP berufen und außer ihnen noch ein paar ausgestoßene ehemalige Sozialdemokraten, die Herren Bullerjahn und Goske. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß man kürzlich den

Versuch machte, die Bildung einer "unabhängigen" Sozialdemokratie im Ostsektor Berlins zu erzwingen. Dieser Versuch mußte inzwischen wegen Mangel an Masse aufgegeben werden. Bullerjahn und Geske sind mit ihrem Bäckerdutzend allein geblieben.

Der kommunistischen "Machtergreifung" sollte durch einen Aufmarsch nach dem Vorbild der DAF eine gewisse Massenbasis verliehen werden. In den Westsektoren kümmerte sich kein Betrieb um die kommunistische Streikparole. Im Ostsektor wurden die Betriebe geschlossen und die Arbeiter zur Teilnahme an der selbstverständlich spontanen Kundgebung Unter den Linden verpflichtet. Wo die Belegschaften weiterarbeiten wollten, wurden sie von Uniformierten aus dem Betrieb gejagt. Die Schulen wurden auch geschlossen, damit die Kinder "nieder mit dem Spalter-Magistrat" schreien konnten. Trotzdem gelang es nicht, mehr als höchstens 70 000 Menschen auf die Beine zu bringen. Für Berliner Verhältnisse eine bescheidene Ziffer, wenn man sie etwa mit den 300 000 vergleicht, die sich seinerzeit freiwillig vor dem Reichstag versammelt hatten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat Mittwoch vormittag erklärt, daß kein Berliner Wahlbeamter, einschl. derjenigen des Ostsektors, den W. eisungen der usurpatorischen Clique Folge leisten würde. Diese Clique behauptete, die Voraussetzung für wirklich demokratische Wahlen in ganz Berlin schaffen zu wollen. In Wirklichkeit versucht sie, nach Prager Muster die unmittelbar bevorstehende Wahlentscheidung zu verhindern, von der schon heute feststeht, daß sie zu einer vernichtenden Niederlage der kommunistischen Spalter werden wird. Gewiß werden sich aus den Ereignissen des 30. November noch einige weitere Schwierigkeiten für die Berliner Bevölkerung ergeben. Die Bewohner der Westsektoren wissen aber, daß es nun noch mehr darauf ankommt, am kommenden Sonntag ein wuchtiges Bekenntnis für Freiheit und Selbstverwaltung abzulegen - auch für die zum Schweigen verurteilten östlichen Bezirke der Stadt.

Alle Versuche, in den Westsektoren Unruhe hervorzurufen, sind bisher gescheitert. Auf einer Reihe von Wahlversammlungen ist es allerdings zu Zusammenstößen mit Schlägerkolonnen gekommen, die aus der Ostzone nach Berlin gebracht worden waren. Im Ostsektor erwartet man drastische Maßnahmen gegenüber denjenigen Sozialdemokraten, die bisher noch in der Verwaltung oder als Betriebsräte tätig waren. Die Überführung der bisher noch im Ostsektor gelegenen Abteilungen des Magistrats nach Westberlin ist im großen und ganzen reibungslos verlaufen.

Labour hilft SFJO

sp., London, Ende November

Von der Labour Party und verschiedenen englischen Gewerkschaften wurde in den letzten Monaten der Sozialistischen Partei Frankreichs und dem anti-kommunistischen Gewerkschaftsverband, der Confédération Générale du Travail Force Ouvrière, erhebliche finanzielle Hilfe gewährt. Insgesamt erreichten die Spenden und Darlehen die Summe von 5000 Pfund. Davon ging ein erheblicher Prozentsatz an das Organ der französischen Sozialisten, an den von Léon Blum gegründeten "Populaire" der seit langem mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und wiederholt von der Gefahr bedroht wurde, sein Erscheinen einstellen zu müssen.

Einigkeit in Frankfurt

Von Georg Alexander

Die sozialdemokratische Fraktion des Wirtschaftsrats hat beim ersten Gesetz zum Lastenausgleich den bedeutungsvollsten parlamentarischen Sieg seit Bestehen dieser Körperschaft errungen. Während die Regierungsparteien ständig darauf hinwiesen, daß das sogenannte Sofortprogramm das wichtigste Gesetz sei, das dem Wirtschaftsrat jemals vorgelegen habe, und dessen sozialen Charakter hervorkehrten, stellten die Sozialdemokraten die Unzulänglichkeit des vom Verwaltungsrat eingebrachten Entwurfs heraus. Sie haben durch eine verhältnismäßig große Anzahl von Abänderungsanträgen das Gesetz zu verbessern versucht. Es kam der sozialdemokratischen Fraktion nicht nur darauf an, bereits mit dieser ersten Maßnahme den Sinn des Lastenausgleichs so weitgehend wie möglich zu erfüllen, sondern sie bemühte sich auch, nur soviel zu verlangen und zu geben, wie mit der volkswirtschaftlichen Vernunft in Einklang gebracht werden kann.

In den Ausschußberatungen kämpften die Fraktionen der Regierungsparteien verbissen um Bestimmungen des ersten Gesetzentwurfs, die von einem wirklichen Lastenausgleich ebenso weit entfernt sind wie die CDU und FDP von der gerade von ihnen so oft beschworenen sozialen Gerechtigkeit.

Obgleich das umfangreiche Gesetz mit seinen 82 Paragraphen nur im ganzen gewürdigt werden kann, trat nach außen nur ein Streit um Prozentsätze in Erscheinung. Und diese Auseinandersetzungen kulminierten, nachdem das demagogische Spiel Prof. Erhards mit der 25prozentigen Sonderzahlung vom Vorratsvermögen von den Regierungsparteien selber aufgedeckt worden war, in dem Prozentsatz für die allgemeine Abgabe. In Abänderung der vom Verwaltungsrat vorgeschlagenen zwei Prozent forderten die Sozialdemokraten drei Prozent und ließen von Anfang an keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie das Gesetz im ganzen ablehnen würden, wenn man sich nicht für diesen Antrag entscheiden könne. Bei der CDU herrschte Klarheit nur darüber, daß man das Gesetz auf keinen Fall unter der Verantwortung der schwachen Rechtsmehrheit verabschieden, sondern es vielmehr aussetzen werde, wenn die SPD bei Ablehnung ihres Antrages dem ganzen Gesetz ihre Zustimmung versagen würde. Auch wenn man die Bedeutung des Gesetzes würdigt, müßten diese Skrupel der Regierungsparteien überraschen, die hier zum ersten Mal Angst vor ihrer eigenen Courage zeigten, nachdem sie sich bis zu diesem Zeitpunkt ohne jede Hemmung über den Willen der Linken des Hauses hinweggesetzt hatten.

Erst im letzten Augenblick vor Eröffnung der Vollversammlung fiel dann die Entscheidung zugunsten des sozialdemokratischen Antrags. Das Ringen um die grundsätzlichen Entscheidungen dieses Sofortprogramms ist dem Blick der Öffentlichkeit auch deshalb entzogen, weil man die parlamentarische Tribüne mit dem interfraktionellen Verhandlungstisch vertauschte. Die beharrliche Weigerung

der Regierungsparteien, die Vollversammlung zu eröffnen, bevor sie sich nicht entschieden hatten, führte bereits am 19.11. zu einer viermaligen Vertagung des Beginns. Als dann endlich fraktionelle Einigung zu bestehen schien, verlangte ein FDP-Abgeordneter die Aussetzung der Beratungen mit der Begründung, daß nicht Zeit genug gewesen wäre, die Abänderungsanträge zu prüfen. Was die sozialdemokratische Fraktion betrifft, so hatte sie in drei Tagen und drei Nächten das Gesetz durchberaten und war sich über ihre Haltung klar. Trotz dieser unleugbaren Tatsachen hat ein Blatt der FDP einen verleumderischen Artikel mit der Behauptung gebracht, nur die Sozialdemokraten trügen an der Vertagung schuld.

In Wirklichkeit hatte die SPD in den frühen Morgenstunden des Sitzungstages ihre Anträge formuliert und den übrigen Fraktionen zugewandt. Wenn diese keine Zeit fanden, sich damit zu beschäftigen, so offenbar nur aus dem Grunde, weil sie zu keiner Einigung über die grundsätzlichen Fragen des Gesetzes kommen konnten. Am Dienstag hat sich das gleiche Schauspiel wiederholt, und da diesmal keine wesentlichen neuen Anträge vorlagen, kann nicht bestritten werden, daß der Zeitverlust allein auf die Uneinigkeit innerhalb der CDU und der FDP zurückzuführen ist. Wieder wurde der Sitzungsbeginn an einem Nachmittag viermal verschoben, und als endlich um 20.00 Uhr die Vollversammlung eröffnet wurde, war es für die Verabschiedung des Gesetzes zu spät geworden. Man kann es begreifen, daß ein Konglomerat von Interessengruppen, wie die Fraktion der CDU es ist, seine Schwierigkeiten hat, einen halbwegs einheitlichen Standpunkt zu beziehen. Geht dies aber auf Kosten des Ansehens des Parlaments, dann ist ein scharfer Protest nur allzu berechtigt.

Partei der Grundsatzlosigkeit

sp. Voraussichtlich Anfang Dezember wird die Gründungsversammlung der "Deutschen Union" stattfinden. Ihrem Gründerkreis gehören vor allem eine Reihe von Journalisten, Männer der jüngeren Generation, an. Genannt werden u.a.: der frühere innenpolitische Redakteur am Berliner "Kurier" Scholz, Harald Esche - Berlin, der Redakteur am Berliner "Tagesspiegel" Jürgen Reiss und ein gewisser Axel Partenau, ehemaliger HJ-Führer und aktiver Offizier.

Die "Deutsche Union" hat, da sie sich in jeder Hinsicht von den anderen Parteien unterscheiden will, an die Stelle eines Programms "Thesen" ausgearbeitet, die uns vorliegen. Alle grundsätzlichen Proklamationen sind zunächst einmal Sache der wirkungsvollen Formulierung, Versicherungen des guten Willens. Es hat wenig Sinn, sich sozusagen "auf Verdacht" mit den einzelnen Punkten der recht umfangreichen Ausarbeitung zu befassen. Es ist leicht, die politische und gesellschaftliche Problemstellung treffend zu formulieren, es ist sehr schwer, daraus in der Wirklichkeit etwas zu machen. Wir wollen diese Thesen weder propagieren, das ist Sache der neuen Union selbst.

noch sie in einzelnen von vornherein kritisieren.

Aufschlußreich ist, was man aus Gesprächen mit Mitgliedern des Gründerkreises hört. Oberster Grundsatz ist danach der, undoktrinär zu sein. Diese Forderung ist nicht mehr neu. Die "Deutsche Union" rennt damit zu einem guten Teil offene Türen ein; der Doktrinarismus der bestehenden Parteien ist vielmehr ein Schlagwort gegen sie, als ein Bestandteil ihrer Politik. Natürlich haben die Parteien ihre Grundsätze. Die "Deutsche Union" will offenbar auch ohne sie auskommen, sie ist sozusagen eine Partei der erklärten Grundsatzlosigkeit "wie die großen amerikanischen Parteien es auch sind", sagt man. Es ist sehr die Frage, ob Parteien auch in Deutschland ganz ohne Prinzipien werden auskommen können, wenn sie es in den USA können, zumal man übersieht, daß auch die Republikaner und die Demokraten in den USA durchaus nicht vollkommen auf gewisse Grundsätze in ihrer politischen Praxis verzichten.

Die "Deutsche Union" will, so hört man zuverlässig, entschiedener gegen die Besatzungsmächte auftreten, als es die bestehenden Parteien tun. Das ist in jedem besetzten Lande eine sehr sugkräftige, aber auch sehr billige Parole, zumal für eine Partei, die sobald sich in Verlegenheit kommen wird, die Verantwortung zu übernehmen. Auch Otto Strasser bezeichnete kürzlich in seinen außenpolitischen Richtlinien die Schaffung einer "nationalen Opposition, die sich gegen die Zusammenarbeit der sogenannten deutschen Monoparteien, 'Quislingparteien, mit den Besatzungsmächten des Westens richten soll", als besonders wichtig. Diese geistige Nachbarschaft scheint uns bezeichnend.

Vielleicht denkt die "Deutsche Union" an eine Art Sammlung aller Unzufriedenen. Das war zu allen Zeiten ein aussichtsreiches politisches Geschäft. Die Schwierigkeiten beginnen, wenn diese Sammlung der Unzufriedenen selbst zufrieden stellen soll. Dann erst wird man sehen, wie Thesen und Leitsätze mit der Wirklichkeit und den Ansprüchen der Allgemeinheit fertig werden.

Emigranten schließen sich zusammen

sp. Stockholm, Ende November

Bereits vor einiger Zeit haben sich die unabhängigen sozialdemokratischen Parteien der Balkanländer, die sich der Verschmelzung mit den Kommunisten widersetzt haben, in Paris zu einem Internationalen Büro zusammengeschlossen. Dieselbe Gruppe, unter Hinzuziehung baltischer Vertreter, hat nun in Stockholm ein "Gemeinschaftskomitee von Vertretern osteuropäischer Sozialdemokraten in Skandinavien" gegründet. Dieses Komitee wird in enger Zusammenarbeit mit der schwedischen Sozialdemokratie dazu dienen, gegenseitige Information auszutauschen und den osteuropäischen Sozialisten in der Emigration und im eigenen Lande Hilfe zukommen zu lassen. Das Komitee setzt sich aus Vertretern der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei, Ungarns, Polens, Lettlands, Estlands und Litauens zusammen. Vorsitzender ist Bruno Kalnins-Lettland; Sekretär Dr. Antal Ungarn. Das Skandinavische Gemeinschaftsbüro wird ebenso wie das Pariser Büro (B.I.S.) eng mit den Parteien der COMISOC zusammenarbeiten.

(b/B. 1/112/1/hs)

Eine kommunistische Hochburg gefallen

O.Z. Genf, Ende November

"Zu früh, allzu früh, und sie werden noch schwere Enttäuschungen erleben unsere Gegner, die schon um den Skalp ihres Opfers tanzen, die Partei der Arbeit", wehrte sich Léon Nicole am Tag nach den Genfer Grossratswahlen, die seiner Partei einen so darten Schlag versetzt haben. Doch zog er es vor, die Leser seiner "Voix Ouvrière" nur mit den einfachen Wahlergebnissen zu bedienen, ihnen den Schok der vernichtenden Niederlage der Partei durch die Sprache der Vergleichszahlen zu ersparen.

Um den ganzen Umfang der Wahlniederlage der PdA-Kommunisten im Kanton Genf ermessen zu können, muss erwähnt werden, dass sie 1933 mit 45 Mandaten (von 100) die stärkste Fraktion des Grossrates waren und damit die Kantonsregierung massgeblich bestimmten. Damals hatte die Genfer KP die SP vollkommen aufgesogen, und das auch noch bei den nächsten Wahlen im Jahre 1936, wo die KP immer noch mit 40 Abgeordneten und die SP mit keinen einzigen im Genfer Grossrat vertreten wurde. 1939 gab es den ersten Abrutsch auf 28 Sitze, und für die Sozialdemokratie den Gewinn von sieben. 1945 standen dann 36 Mandate, der KP den 36 Mandatsverlusten der bürgerlichen Parteien gegenüber, während die Sozialdemokratie ihre neun Vertreter von 1942 auch 1945 wieder in den Grossrat bringen konnte. Diesen Novembersonntag aber fielen die "Nicolisten" von ihren 36 Mandaten auf 24 zurück; ihre Verluste verteilten sich auf 11 bürgerliche und einen sozialdemokratischen Mandatsgewinn. Der Verlust wird noch eindrücklicher, wenn man die durch das Fernbleiben von über viertausend Wahlberechtigten um 10 Prozent verminderte Wahlbeteiligung in Betracht zieht.

Die kommunistische Hochburg Genf ist möhr als nur erschüttert, sie ist in Tat und Wahrheit gefallen. Die Grossratswahlen in Genf haben Léon Nicole und der schweizerischen PdA wie dem internationalen aggressiven Kommunismus eine neue Lektion und die unmissverständliche Absage erteilt!

- - - - -

Widerstand gegen Dienstpflichtverlängerung

sp. London, Ende November

Die von der englischen Regierung in Aussicht genommene Verlängerung der Dienstpflicht in der englischen Armee von 12 auf 18 Monate ist bei einer Gruppe von Labour-Abgeordneten auf Widerstand gestossen. Man rechnet damit, dass etwa 30 Unterhausmitglieder der Labour Party gegen die Gesetzesvorlage stimmen werden. Unter diesen befinden sich auch mehrere jener Abgeordneten, die seinerzeit das Glückwunschtelegramm an den italienischen Linksozialisten Pietro Nenni unterzeichnet hatten und deshalb vom Parteivorstand zur Rechenschaft gezogen worden waren. Der Abgeordnete Platts-Mills wurde aus der Partei ausgeschlossen und den übrigen der Ausschluss angedroht, wenn sie sich weiterhin an einer "organisierten Opposition gegen die Parteipolitik" beteiligen würden. Wenn auch die "Revolte" gegen das Dienstpflichtverlängerungsgesetz vielleicht als organisierte Opposition angesehen werden könnte, so dürften vom Transport-House doch keinerlei Schritte gegen die "Rebellen" unternommen werden, da es sich bei den meisten um überzeugte Pazifisten handelt, deren Rechtschaffenheit ausser allem Zweifel steht. Ihre Liste umfasst u.a. die Abgeordneten Ellis Smith, Victor Yates, Rhys Davies und natürlich auch Zilliacus. (m/B23/112/1/hc)

- - - - -

- 7 -

Carlo Mierendorffs fünfter Todestag

sp. "Bei einem Bombenangriff auf Leipzig kam am 4. Dezember 1945 also vor fünf Jahren, Carlo Mierendorff ums Leben. Damit war dem deutschen Widerstand gegen die Nazigewaltherrschaft der Mann mit dem vielleicht leidenschaftlichsten politischen Willen genommen. Man hat gesagt, daß die Stoßkraft der Aufstandsaktion vom 20. Juli 1944 im entscheidenden Augenblick daran zersplittert sei, daß die überragende revolutionäre Persönlichkeit gefehlt habe. Der deutsche Widerstand hatte sie wohl, aber die Bombe in Leipzig nahm sie ihm vorzeitig.

Carlo Mierendorff war geborener Sachse. Er kam aus der hessischen Sozialdemokratie ins Blickfeld der großen Politik. Bis 1933 war er Reichstagsabgeordneter der SPD und Pressechef in Darmstadt unter Minister Leuschner, einer von denen, die die Nazis am meisten haßten. 1938 erst entließen sie ihn aus dem KZ. Wie sie ihn einschätzten, zeigt die Tatsache, daß er nach der Entlassung aus dem Lager nicht unter seinem eigenen Namen leben durfte, sondern unter dem seiner Mutter, als ein Dr. Willmer. Man drohte ihm mit sofortiger Wiederverhaftung, wenn das Ausland von seiner Freilassung erfahren würde und so ergab sich die groteske Situation, daß, als wirklich etwas derartiges nach draußen durchsickerte, seine engsten Freunde laut erklären mußten, er sei im KZ gestorben, nur um ihn nicht zu gefährden.

Es lag in der künstlerischen Tiefe von Mierendorffs Natur, daß gerade er es war, der mit seinem später hingerichteten Freunde Theo Haubach, als Sozialist zu dem Kreisauer Philosophenkreis die Brücke schlug. Er war frei von jeder einengenden Dogmatik. Er war aber auch ein vollendeter Taktiker und hätte den Fehler der Berliner Aktion niemals gemacht, nach dem Attentat den besetzten Rundfunk ungenutzt zu lassen. Eine zündende Ansprache von diesem "Danton des deutschen Widerstandes" mit revolutionärer Wucht hinausgetragen, hätte das Volk hochgerissen und seinem gebändigtem Zorn vielleicht doch freien Lauf gelassen. Ihn quälte nicht die Furcht, der Aufstand könnte mehr Opfer fordern als der endgültige militärische Zusammenbruch. "Dem totalen Terror der totale Aufstand" waren seine Worte.

Mierendorff war kein Konspirator, er war ein echter Volkstribun, hinter dessen umstürzlerische Arbeit die große konstruktive Idee stand. Seine engen Mitarbeiter wissen, daß er mit seinem Freunde Theo Haubach einen genauen Plan ausgearbeitet hatte, der jedem Verschwörer seine künftige Arbeit zuwies. Sein vorzeitiger tragischer Tod hat ihm vielleicht das bittere Los der Männer vom 20. Juli erspart. Vielleicht hat sein Fehlen aber auch zum Mißlingen dieses letzten Befreiungsversuches aus den deutschen Reihen selbst wesentlich beigetragen.

(b/r/112/1/hs)